



UNTERRICHTSMATERIAL FÜR DEUTSCHLEHRKRÄFTE ZUR BUNDESTAGSWAHL 2021

Autoren: Mareike Islar und Ralf Keil
Copyright: Goethe-Institut Chicago
Zur kostenlosen Verwendung im Deutschunterricht

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an das

Goethe-Institut Chicago
teacherservice-chicago@goethe.de
150 N. Michigan Ave.
Suite 200
Chicago, IL 60601

www.goethe.de

**GOETHE
INSTITUT**

Sprache. Kultur. Deutschland.

**Handout: Einführung in das politische System der
Bundesrepublik Deutschland**



Inhalt

1	Einführung: Vergleich USA/ Deutschland.....	3
1.1	Datenvergleich (Folie 3)	3
2	Historischer Kontext.....	4
2.1	Die politischen Systeme Deutschlands im Zeitverlauf (Folie 4)	4
2.2	Lehren aus Weimar (Folie 5)	5
3	Verfassungsprinzipien.....	7
3.1	Verfassungsprinzipien in Deutschland (Folie 7)	7
4	Verfassungssystem.....	10
4.1	Verfassungssystem der USA (Folie 8).....	10
4.2	Verfassungssystem Deutschland (Folie 9)	10
5	Regierungsoberhaupt.....	12
5.1	BundeskanzlerIn (Regierungschef/In) (Folie 11)	12
5.2	Regierungen seit 1949 (Folie 12)	12
5.3	Exkurs: Bundespräsident (Staatsoberhaupt) (Folie 13)	13
6	Legislative	14
6.1	Legislative – Der Bundestag (Folie 15).....	14
6.2	Legislative – Der Bundestag (Funktionen) (1/2) (Folie 16)	14
6.3	Legislative – Der Bundestag (Fraktionen) (Folie 17)	15
6.4	Legislative – Der Bundestag (Funktionen) (2/2) (Folie 18)	15
6.5	Legislative – Der Bundesrat (Sitzverteilung) (Folie 19).....	16
6.6	Legislative – Der Bundesrat (Folie 20)	17
7	Föderalismus	18
7.1	Föderalismus – Struktur (Folie 22)	18
7.2	Föderalismus – Aufbau (Folie 23).....	19
7.3	Föderalismus – Gesetzgebungskompetenzen (Folie 24)	20
8	Verfassungsgerichte USA/ Deutschland (Folie 26)	21
9	Hilfreiche Videos/Literatur	22

1 Einführung: Vergleich USA/ Deutschland

1.1 Datenvergleich (Folie 3)

Daten	USA	Deutschland
Hauptstadt	Washington, D.C.	Berlin
Einwohner	329.484.000	83.241.000
Einwohner/km ²	33,5	232,8
Durchschnittsalter	Ø 37,4 Jahre	Ø 45,5 Jahre
Arbeitslosenquote	8,3 %	4,3 %
Durchschnittseinkommen	57.704 €	41.140 €
Politisches System	Föderale Präsidiale Republik	Föderale Parlamentarische Republik
Unabhängigkeit	1776	1949 bzw. 1955
Zahl der Regierungschefs	46	8

- Die USA sind das flächenmäßig deutlich größere Land mit einer erheblich höheren Bevölkerungszahl
- Deutschland ist im Vergleich deutlich dichter besiedelt
- Der heutige Bundesrepublik Deutschlands existiert als souveräner Staat erst seit 1949 bzw. 1955, die amerikanische Verfassung existiert daher bedeutend länger
- Auf den ersten Blick ähnelt sich das politische System der USA und Deutschlands mit ihren föderalen und republikanischen Eigenschaften. Auf den zweiten Blick gibt es jedoch auch einige Unterschiede, wie bspw. die präsidiale gegenüber der parlamentarischen Ausrichtung. Hierauf werden wir in den kommenden Folien weiter eingehen.

2 Historischer Kontext

2.1 Die politischen Systeme Deutschlands im Zeitverlauf (Folie 4)

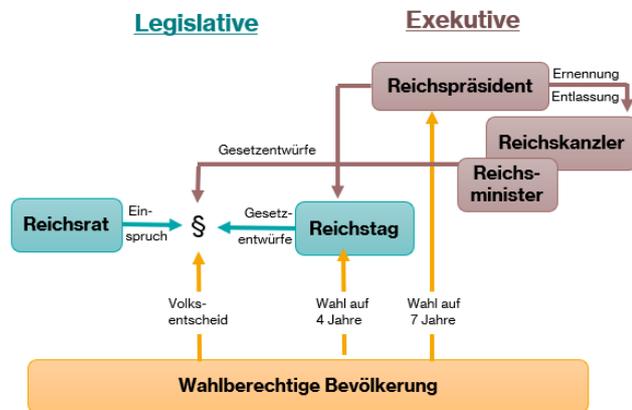


- Deutschland wird spätestens seit der Gründung des deutschen Kaiserreichs als eigener politischer Staat verstanden. Es ist seitdem durch eine wechselvolle Geschichte mit verschiedenen politischen Systemen und Regierungsformen gegangen.
- Mit Ausnahme des dritten Reiches ist die Grundstruktur stets föderal beeinflusst gewesen.
- Neben den autokratischen Regierungsformen gibt es auch eine langjährige demokratische Tradition in Deutschland, beispielsweise geht die heutige Flagge (Schwarz, Rot, Gold) auf die gescheiterte demokratische Revolution von 1848 zurück. Das heutige politische System stützt sich auf diese Traditionen.
- Die neuere deutsche Geschichte ist stark von der Teilung in Ost- und Westdeutschland geprägt gewesen
- Die Bundesrepublik Deutschland kann heute als föderale parlamentarische Republik verstanden werden. Föderal, da die politische Macht zwischen dem Bund und den einzelnen Bundesländern aufgeteilt ist, parlamentarisch, durch die Dominanz des Bundestages in der Bestimmung der Regierung und republikanisch, da die staatliche Gewalt an die Verfassung und das Volk gebunden ist, sowie das Staatsoberhaupt (Bundesversammlung) und der Regierungschef zeitlich begrenzt durch das Parlament gewählt werden.

2.2 Lehren aus Weimar (Folie 5)

2. Lehren aus Weimar

- Stärkung des Parlamentarismus
- Stärkung des Föderalismus
- Stärkung der Grundrechte
- Einschränkung der Macht des Bundespräsidenten
- Allgemeine Abschaffung der Volksentscheide
- Einführung der Fünf Prozent Hürde



- Die erste deutsche Republik, die Weimarer Republik von 1918 bis 1933, stellte für die Verfassungsväter und -mütter des heutigen Grundgesetzes, angesichts ihres Scheiterns eine Warnung für den Aufbau des neuen demokratischen Systems dar. Die Verhinderung der Konzentration von Macht und die Berücksichtigung verschiedener Interessen stellt daher ein Kernpunkt des heutigen Systems dar.
- Der Spruch „Demokratie ohne Demokraten“ beschreibt das Problem der Unterwanderung demokratiefeindlicher Akteure in das politische System, die ihre Position zur Schwächung und Blockade der Demokratie nutzen. Beispielsweise setzte der Reichspräsident Paul von Hindenburg (1925-1934) als Anhänger der Monarchie die Grundrechte 1933 mit Notstandsverordnungen außer Kraft.
- **Stärkung des Parlamentarismus:** Der Bundestag, vormals Reichstag, wird in seiner Fähigkeit die Regierung zu bestimmen, zu kontrollieren und in die Gesetzgebung einzuwirken gestärkt.
- **Stärkung des Föderalismus:** Die Bundesländer sind nun im Bundesrat als eigenständige Institution stärker in den Gesetzgebungs- und politischen Prozess eingebunden (Gesetzesentwürfe, Feste Einbindung in den Gesetzgebungsprozess etc.).
- **Stärkung der Grundrechte:** Die Gesetze müssen sich nun in ihren Vorgaben an den Grundrechten orientieren. Die Grundrechte nehmen

eine gesonderte, besonders geschützte Stellung ein, die durch das Bundesverfassungsgericht kontrolliert wird.

- **Einschränkung der Macht des Bundespräsidenten:** Kein Notverordnungsrecht, kein Recht zur „beliebigen“ Auflösung des Bundestages, keine alleinige Ernennung des Bundeskanzlers, keine direkte Wahl durch das Volk.
- **Allgemeine Abschaffung der Volksentscheide:** Das Volk kann nicht mehr direkt durch Volksentscheide Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen. Dies ist der Befürchtung einer einfachen Beeinflussung der Bevölkerung und Gesetzgebung durch antidemokratische Populisten geschuldet.
- **Einführung der Fünf Prozent Hürde:** Parteien müssen mindestens fünf Prozent der Stimmen erreichen, um in den Bundestag einziehen zu können. Diese Vorgabe soll die Zersplitterung des Parlaments in Kleinstparteien verhindern, beispielsweise saßen nach den Reichstagswahlen von 1930 15 Parteien im Parlament.

3 Verfassungsprinzipien

3.1 Verfassungsprinzipien in Deutschland (Folie 7)

3. Die Verfassungsprinzipien in Deutschland

Republik	Demokratie	Bundesstaat	Sozialstaat	Rechtsstaat
<ul style="list-style-type: none">❖ Freiheitliche, antidiktatorische Staatsform❖ Bestimmung der politischen Exekutivorgane durch Wahlen❖ Gewähltes Staatsoberhaupt (Bundespräsident)	<ul style="list-style-type: none">❖ Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus❖ Mittelbare repräsentative Volksvertretung❖ Allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahlen❖ Meinungsfreiheit❖ Versammlungsfreiheit❖ Vereins- und Vereinigungsfreiheit❖ Wehrhafte Demokratie	<ul style="list-style-type: none">❖ Staatliche Hoheit des Bundes und der Länder❖ Verteilung der Kompetenzen in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung auf Bund und Länder❖ Mitwirkung der Länder an der Gesetzgebung des Bundes❖ Bestandsschutz dieser Ordnung und der in Artikel 1-20 festgelegten Grundrechte	<ul style="list-style-type: none">❖ Schutz der Menschenwürde❖ Schutz von Ehe und Familie❖ Gleichberechtigung von Mann und Frau❖ Sozialpflichtigkeit des Eigentums❖ Schutz von großen sozialen Risiken	<ul style="list-style-type: none">❖ Gesetzmäßigkeit❖ Gewaltenteilung❖ Rechtsgleichheit❖ Freiheitssicherung

Finden Sie diese Prinzipien so auch in den USA wieder?

Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland basiert auf fünf grundlegenden Prinzipien:

- **Republik:** Der Staat handelt innerhalb der Verfassung und rechtfertigt seine Herrschaft über das Volk. Der Staat grenzt sich bewusst von anderen Rechtfertigungen, wie einer Berufung durch Gott ab und betont die Freiheiten seiner Bürger. Die Herrschaft des Volkes wird durch die Wahl des Regierungschefs und des Staatsoberhauptes mit einer zeitlichen Beschränkung ausgedrückt.
- **Demokratie:** Die Herrschaft geht vom Volk aus. Diese Herrschaft drückt sich in Deutschland über die Wahl der repräsentativen Vertreter (Mitglieder des Bundestages) aus. Diese treffen die gesetzlichen Entscheidungen und wählen die zentralen Mitglieder der Exekutive. Da das Volk diese Entscheidung nicht direkt selbst trifft, handelt es sich nicht um eine direkte Demokratie, sondern um eine Repräsentative. Grundsätzlich kann jeder deutsche Staatsbürger, ab 18. Jahren, direkt, gleichwertig und frei, ohne das Wissen anderer, seine Wahlentscheidung treffen (allgemeine, unmittelbare, freie und gleiche Wahl). Des Weiteren beschützen eine Reihe sogenannter Grundrechte des politischen Ausdrucks und Organisationsfreiheit jedes einzelnen.

- **Bundesstaat:** Das Grundgesetz legt den Föderalismus als Organisationsform der einzelnen Länder und des Bundes fest. Hierzu gehört auch die Teilung der Kompetenzen und Machtbefugnisse, die eine Mitwirkung der Länder in der Bundesebene garantieren. Diese Organisation bildet die vertikale Gewaltenteilung und ist unter anderem als Lehre aus Weimar gegen den Machtmissbrauch verfassungsrechtlich garantiert.
- **Sozialstaat:** Zusammen mit dem Schutz der Menschenwürde ist der Staat zur Realisierung einer Sozialpolitik verpflichtet. Diese schließt die Absicherung seiner Bürger gegen bestimmte Verschlechterungen der Lebenssituation ein, wie dem Krankheitsfall oder Jobverlust. Er garantiert auch ein materielles Existenzminimum und bestimmte Dienstleistungen, wie die Kindererziehung oder Pflege. Darüber hinaus ist der Staat auch für die Angleichung der Lebenschancen seiner Bürger oder kurz der sozialen Gerechtigkeit zuständig.
- **Rechtsstaat:** Der Staat ist in seinen Handlungen an Verfassung und das Recht gebunden. Die soll die Bürger des Staates vor staatlicher Willkür schützen und die Gleichheit jedes einzelnen vor dem Recht sicherstellen. Hierzu gehört auch die Unabhängigkeit und Professionalität des Richterstandes.
- **Wehrhafte Demokratie:** Um zu verhindern, dass sich eine ähnliche Katastrophe wie das dritte Reich wiederholt, wurden dem politischen System Möglichkeiten gegeben, sich vor Personen zu schützen, die die Demokratie abschaffen wollen. Hierzu gehört, dass die Grundrechte, die oben dargelegten Prinzipien und die föderale Organisation des Staates nicht geändert werden. Darüber hinaus stehen dem Staat weitere Möglichkeiten zur Verfügung wie dem Verbot verfassungsfeindlicher Parteien und Organisationen, bis hin zum Entzug von Grundrechten bei einzelnen Personen. Letzteres muss vom Bundesverfassungsgericht angeordnet werden und ist bisher in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie passiert.

Finden sich diese Prinzipien auch so in der Verfassung der USA wieder?

Verfassungsprinzipien USA

- Gewaltenteilung
- Gewaltenschränkung (Checks and Balances)
- Republik
- Bundesstaat
- Grundrechte
- Rechtsstaat
- Demokratie

Der Unterschied zwischen Deutschland und den USA

- Gewaltenschränkung (Checks and Balances)
- Sozialstaatsprinzip (soziale Marktwirtschaft)
- Auslegung der einzelnen Prinzipien

• **Vergleich USA: Gewaltenschränkung:**

Dies ist der zentrale Unterschied zwischen dem US-amerikanischen präsidentiellen System und den parlamentarischen Regierungssystemen der Bundesrepublik Deutschland. Es handelt sich hierbei um die unterschiedliche Beziehung zwischen der Legislative und der Exekutiven Gewalt. In Deutschland hängt die Stabilität der Regierung von der vertrauensvollen Kommunikationsbeziehung zwischen der Regierung und der Parlamentsmehrheit ab. Die USA unterscheidet sich wie folgt:

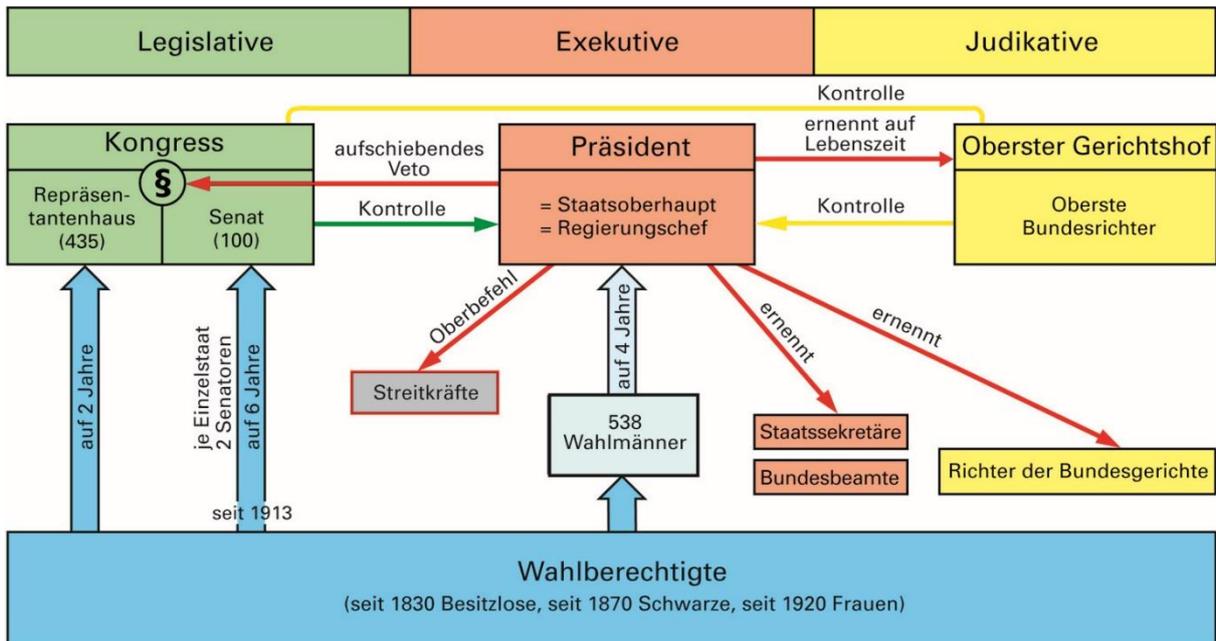
- Stärkere Trennung durch verschiedene Wahlakte
- Politische Gewalten konkurrieren miteinander
- Der US-amerikanische Kongress übernimmt somit nicht automatisch die politische Agenda der Exekutive/des Präsidenten – es kann sogar sein, dass unterschiedliche Parteien im Kongress und als Präsident regieren (divided government siehe Wahlergebnis 2012 in den USA)
- In den USA ist jedoch die politische Zukunft einzelner Abgeordneter und Senatoren weitgehend unabhängig von der des Präsidenten; Wiederwahlchancen hängen vom Rückhalt im eigenen Wahlkreis ab

• **Vergleich USA: Das Sozialstaatsprinzip:**

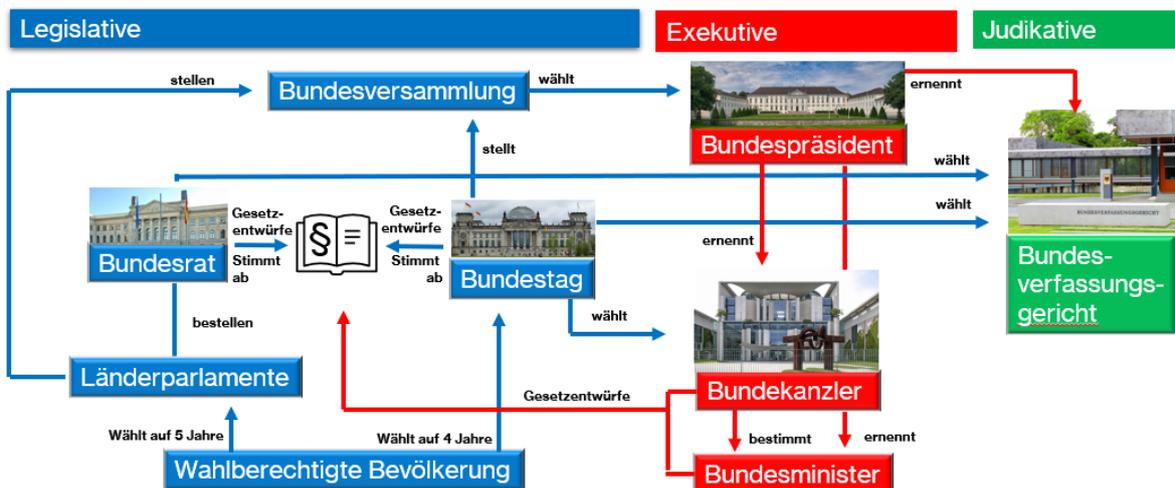
Das Sozialstaatsprinzip in Deutschland führt anders als in den USA zu einem umfangreichen Umverteilungsmechanismus. Anders als in den USA ermöglicht dies Deutschland auch Eingriffe in die Eigentumsrechte für den sozialen Ausgleich (Umverteilung). Dieser wird auch dadurch gegeben, dass die Länder gesetzgeberische Eingriffsrechte haben (konkurrierende Gesetzgebung) und außerdem zu bestimmten Haushaltspolitischen Fragen die Zustimmung der Länder über den Bundestag verpflichtend ist (Zustimmungspflichtige Gesetze)

4 Verfassungssystem

4.1 Verfassungssystem der USA (Folie 8)



4.2 Verfassungssystem Deutschland (Folie 9)



- Die Regierung ist für ihre Tätigkeit und Ernennung und Abwahl auf das Parlament angewiesen und wird nicht direkt vom Volk gewählt, daher wird das deutsche System auch als parlamentarisches System bezeichnet.
- Das Volk wählt nur seine Repräsentanten in Form der Mitglieder des Bundestages direkt. Es hat keine Möglichkeit über Abstimmungen direkt Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen.

- Es gibt zwar eine Gewaltentrennung zwischen Legislative (Gesetzgebende Gewalt), Exekutive (ausführende Gewalt) und Judikative (richterliche Gewalt), insbesondere die Trennung zwischen dem Parlament und der Regierung ist aufgrund der engen Zusammenarbeit zwischen Bundestagsmehrheit und der von ihrer gewählten Regierung nicht vollständig gegeben. Die eigentliche Trennung besteht hier zwischen der Opposition und der Regierung.
- Dem Bundestag und Bundesrat kommt eine zentrale Rolle in der gesetzgebenden Funktion zu. Der Bundestag ist im Allgemeinen die zentrale Vertretung des Volkes, während die Interessen der Länder direkt über den Bundesrat vertreten werden.
- **Vergleich USA:** Da der Präsident direkt vom Volk gewählt wird und daher unabhängig vom Parlament agieren kann, ist die Gewaltenteilung zwischen der Exekutive und Legislative strikter als in Deutschland.
- **Vergleich USA:** Durch die Unabhängigkeit und stärkere Machtfülle des Präsidenten wird in den USA auch von einem präsidentiellen System gesprochen.
- **Vergleich USA:** Deutschland verfügt trotz der Unterscheidung von Bundestag und Bundesrat nicht über ein Zweikammersystem, wie in den USA (Senat/Repräsentantenhaus). Im Unterschied zum Senat zählt der Bundesrat als eigenständige Institution die als Vertretung der Länder gilt. In diesem beeinflussen die Exekutivregierungen der Länder die Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes direkt.

5 Regierungsoberhaupt

Anders als in den USA teilt sich die Exekutive in Deutschland in den/die BundeskanzlerIn als Regierungschef und den/die BundespräsidentIn als Staatsoberhaupt.

5.1 BundeskanzlerIn (Regierungschef/In) (Folie 11)

5. Bundeskanzler (Regierungschef/in)

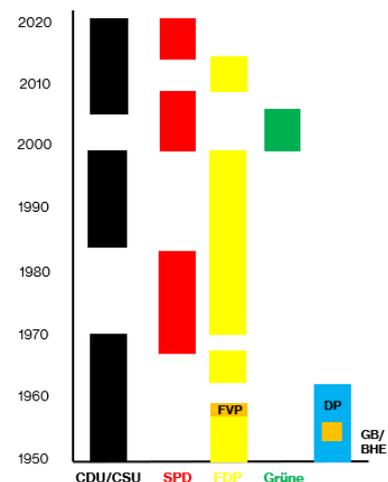
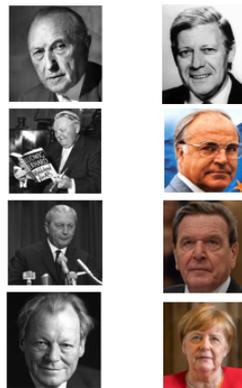
- Derzeitiger Amtsinhaber: **Angela Merkel (CDU)**
- Behörde: Bundeskanzleramt
- Amtszeit: vier Jahre (Wiederwahl unbegrenzt möglich)
- Wahl durch den Deutschen Bundestag
- Letzte Wahl: 14. März 2018; Nächste Wahl: 26. September 2021
- Regierende Funktion
- Machtbefugnisse der Kanzlerin:
 - organisatorisches Kabinettsbildungsrecht (Auswahl Minister, Zuschneidung, Ab- oder Neuschaffung der Ressorts)
 - Richtlinienkompetenz
 - Befehls- und Kommandogewalt im Verteidigungsfall
 - Gesetzesprüfungsrecht bei über- oder außerplanmäßigen finanziellen Belastung

Bildquelle: Von Sandro Hagek, Wikimedia Commons. CC BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0. https://commons.wikimedia.org/w/index.php?title=Angela_Merkel&oldid=67263723



5.2 Regierungen seit 1949 (Folie 12)

- Konrad Adenauer (**CDU**) (1949–1963)
- Ludwig Erhard (**CDU**) (1963–1966)
- Kurt Georg Kiesinger (**CDU**) (1966–1969)
- Willy Brandt (**SPD**) (1969–1974)
- Helmut Schmidt (**SPD**) (1974–1982)
- Helmut Kohl (**CDU**) (1982–1998)
- Gerhard Schröder (**SPD**) (1998–2005)
- Angela Merkel (**CDU**) (seit 2005)



- Bisher wechselten sich die CDU und SPD in ihrer Rolle als dominierende Regierungspartei ab.
- Bisher gab es keine Alleinregierung in der Bundesrepublik Deutschland

- Zahl der Regierungschefs: acht (seit 1949)
- **Vergleich USA:** Zahl der Präsidenten: vierzehn (seit 1949)

5.3 Exkurs: Bundespräsident (Staatsoberhaupt) (Folie 13)

08.08.2021

Marek, Slar und Half Keil

Exkurs: Bundespräsident (Staatsoberhaupt)

- Derzeitiger Amtsinhaber **Frank – Walter Steinmeier (SPD)**
- Wahl durch: Bundesversammlung (mind. 40 Jahre)
- Amtszeit: fünf Jahre; (anschließende Wiederwahl einmalig möglich)
- Letzte Wahl: 12. Februar 2017; Nächste Wahl: 13. Februar 2022
- Repräsentative Funktion
- Aufgaben u.a.:
- Er schlägt dem Deutschen Bundestag einen Kandidaten als Bundeskanzler zur Wahl vor, ernennt und entlässt ihn.
- Auf Vorschlag des Bundeskanzlers ernennt und entlässt er Bundesminister.
- Er unterschreibt die Gesetze in letzter Instanz
- Er ordnet Staatsakte und Staatssymbole an

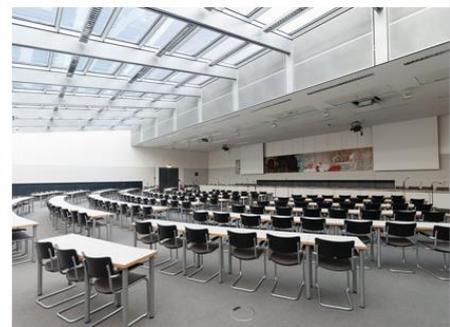
Bildquelle: Von: dieBenutzer Viet2001 (Viet-Hoang Nguyen)- Eigenes Werk/Originalität selbst fotografiert, CC BY-SA 3.0 de, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5307665>



- **Vergleich USA:** In Deutschland ist die Funktion des Staatsoberhauptes/ Regierungschefs getrennt
- **Vergleich USA:** In beiden Ländern bildet der Regierungschef die Spitze der Exekutiven
- **Vergleich USA:** In beiden Fällen lasse die Verfassung bzw. das Grundgesetz Machtspielräume für die Exekutivkompetenzen – im Falle des Kanzlers beispielsweise inwieweit die Richtlinienkompetenz gilt
- **Vergleich USA:** Während in den USA der Präsident immer Oberbefehlshaber der Armee ist, geht dieses Amt in Deutschland nur im Verteidigungsfall auf die Kanzlerin über (Lehren aus Weimar)
- **Vergleich USA:** In den USA wählt man den Vize-Präsidenten mit, in Deutschland ist der Stellvertreter meist ein Minister des Koalitionspartners

6 Legislative

6.1 Legislative – Der Bundestag (Folie 15)



6.2 Legislative – Der Bundestag (Funktionen) (1/2) (Folie 16)

Personell

- Wahl des Bundeskanzlers (Regierungsparteien - *absolute Mehrheit*)
- Absetzen des Bundeskanzlers durch konstruktives Misstrauensvotum (*absolute Mehrheit*)
- Teilweise Wahl des Bundespräsidenten (Bundesversammlung)
- Anklage des Bundespräsidenten (*2/3 Mehrheit im Bundestag*)
- Rekrutierung von Ministern, Verfassungsrichtern etc.

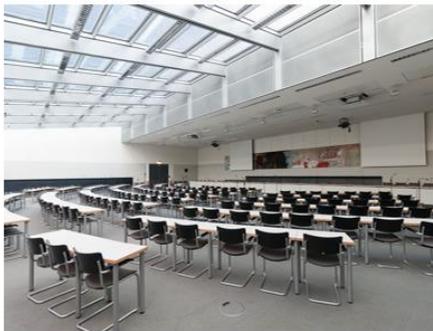


- Hier zeigt sich wieder die parlamentarische Orientierung des Systems, da die zentralen Personen der Exekutive von parlamentarischen Institutionen gewählt werden und nicht direkt vom Volk.
- Mit der Rekrutierung ist in diesem Fall gemeint, dass die genannten Positionen sich häufig aus Abgeordneten des Parlaments rekrutieren
- Das konstruktive Misstrauensvotum, der Kanzler kann vom Bundestag nur dann abgewählt werden, wenn gleichzeitig erfolgreich ein anderer Kandidat gewählt wird, hierbei handelt es sich um eine Lehre aus Weimar um zu

verhindern, dass Parteien aus einer Blockadehaltung heraus das System lahmlegen.

- **Vergleich USA:** Die Wahl des Präsidenten, sowie das Impeachment Verfahren gestalten sich so fundamental anders.

6.3 Legislative – Der Bundestag (Fraktionen) (Folie 17)



Der Bundestag als Fraktionsparlament

- Zusammenschluss der Abgeordneten einer Partei – Mindestens 5% der Mitglieder des Bundestages
- Auch Abgeordnete verschiedener Parteien können sich zu einer Fraktion zusammenschließen. Ebenso ist die Aufnahme einzelner unabhängiger Abgeordneter möglich.
- Sie haben einen besonderen Status, der mit zusätzlichen parlamentarischen Rechten und meist auch finanziellen Zuwendungen verbunden ist.
- Kompetenzen der Fraktion sind meist Kompetenzen, die es der Opposition ermöglichen auch gegen die Parlamentsmehrheit ihre Kontrollfunktion wahrzunehmen

6.4 Legislative – Der Bundestag (Funktionen) (2/2) (Folie 18)

Legislativ

- Gesetzgebung (Regierungsparteien – einfache Mehrheit, Grundgesetzänderungen $2/3$ Mehrheit)

Kontrolle

- Abstrakte Normenkontrolle ($1/4$ Mehrheit)
- Untersuchungsausschuss ($1/4$ Mehrheit)
- Große Anfragen (5% der Mitglieder des Bundestages)
- Artikulation (Opposition) kann ihre Positionen mit Hilfe von Reden darstellen - Oppositionsführung hat erstes Rederecht nach Anträgen von Regierung

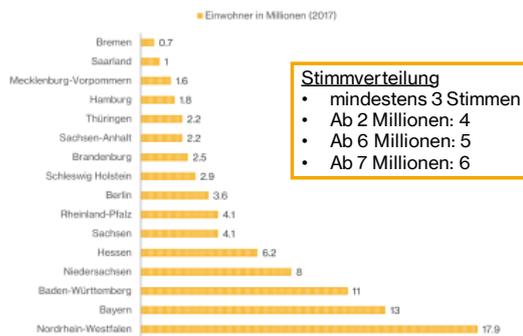


- **Vergleich USA:** Das Mitspracherecht der Opposition in Regierungsfragen ist hierbei ausgeprägter, da diese bspw. beim Finanzhaushalt durch die hohen erforderlichen Mehrheiten ebenfalls zustimmen müssen. Im Gegenzug hierzu sind die Länder durch den Bundesrat und damit häufig auch der Opposition angehörenden Regierungen eingebunden.

6.5 Legislative – Der Bundesrat (Sitzverteilung) (Folie 19)

6. Legislative – Der Bundesrat (Sitzverteilung)

- Der **Bundesrat** besteht aus Mitgliedern der Regierungen der Länder, die sie bestellen und abberufen.
- Jedes Land kann so viele Mitglieder bestellen, wie es Stimmen hat.
- Die übrigen Mitglieder der Landesregierungen, werden üblicherweise als Stellvertreter genannt.



- **Vergleich USA:** Die Länder sind anstatt eines Senats direkt über den Bundesrat vertreten. Da dessen Mitglieder nicht per Wahl, sondern von den jeweiligen Landesregierungen bestimmt werden ist der Föderalismus in Deutschland exekutiv geprägt.
- **Vergleich USA:** Die Landesregierungen haben so eine direkte Möglichkeit konstruktiv oder blockierend in der legislativen Politik des Bundes mitzuwirken. Dies spiegelt die Konsensorientierung des deutschen politischen Systems wider, in dem möglichst viele Interessen und Akteure in den politischen Prozess eingebunden werden.
- Während die CDU im Bundestag dominiert (Beispiel) ist die sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) in der Mehrheit im Bundesrat. In der Geschichte des Bundesrates unterscheiden sich die Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat häufig auf diese Weise. Die Opposition ist so die meiste Zeit in die politische Gestaltung eingebunden.
- **Vergleich USA:** Da die jeweiligen Landtagswahlen in Deutschland vielfach zeitlich versetzt zur Bundestagswahl stattfinden und auch die Zusammensetzung des Bundesrates beeinflussen und damit direkt auch die legislative Politik der Bundesebene, befindet sich Deutschland so im Dauerwahlkampf.

6.6 Legislative – Der Bundesrat (Folie 20)



Der verfassungspolitische Rang und die Bedeutung des Bundesrates ergeben sich hauptsächlich aus seinen Mitentscheidungsrechten bei Zustimmungsgesetzen

Zustimmungspflichtige Gesetze

Diese Gesetze können nur zustande kommen, wenn Bundesrat und Bundestag sich einig sind (z.B. Grundsicherung)

Einspruchsgesetze.

Der Bundesrat kann hier Einspruch erheben, aber vom Bundestag überstimmt werden

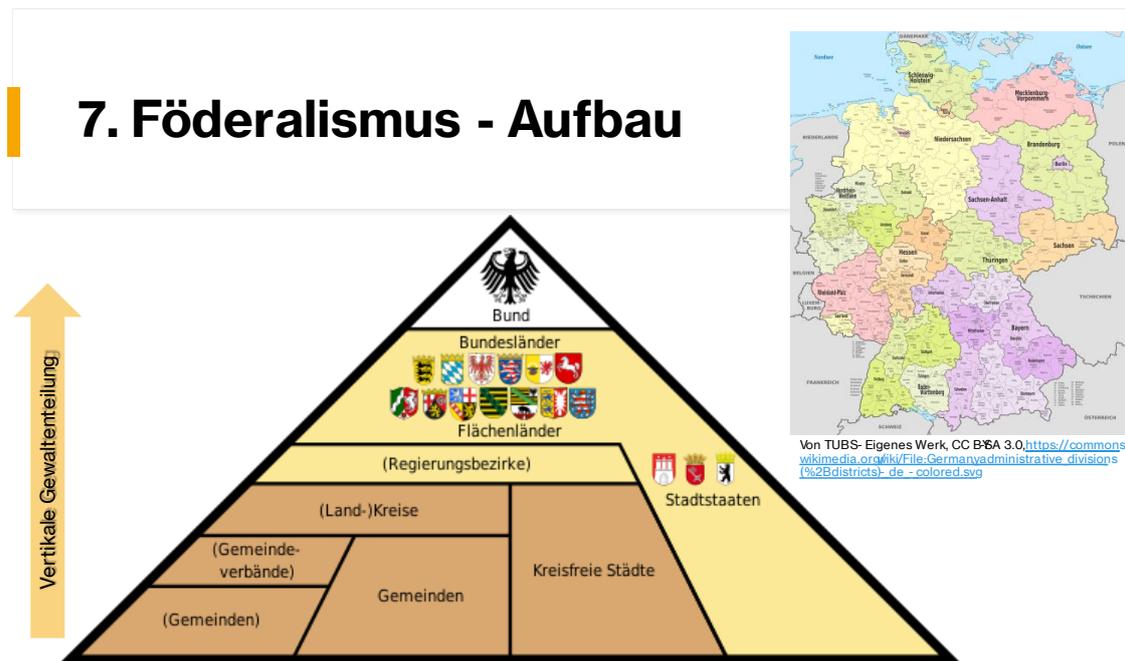
(z.B. Lieferkettengesetz)

7 Föderalismus

7.1 Föderalismus – Struktur (Folie 22)



- Jedes Bundesland funktioniert als eigener Staat mit eigener Verwaltung, Parlament, Verfassung und Verfassungsgericht
- Vergleich USA: Die einzelnen Staaten der USA verfügen über mehr Möglichkeiten eigene Politik unabhängig von der Bundesebene zu gestalten – so gibt es in den US-Staaten unterschiedliche Strafrechtliche Gegebenheiten, das ist in Deutschland theoretisch zwar auch möglich wird im Regelfall aber einheitlich über den Bund geregelt.
- Der amerikanische Föderalismus ist, im Unterschied zu Deutschland, bewusst nicht kooperativ. Die Zusammenarbeit der Bundesregierung mit den bundesstaatlichen Regierungen ist eher die Ausnahme und findet hauptsächlich bei Katastrophenfällen statt
- Es werden neben dem Gouverneur häufig die wichtigsten Positionen in der Exekutive und in einigen Staaten aber auch die Mitglieder des Obersten Gerichts durch direkte Wahl bestimmt.
- Es gibt Volksbegehren, Volksabstimmungen und Volksentscheide, aber auch den recall, nämlich die Abwahl von gewählten Politikern oder Richtern. Das alles ist in Deutschland nicht der Fall.



- Deutschland verfügt so über 17 verschiedene Regierungen
- Berlin, Hamburg und Bremen sind Stadtstaaten – die Landes- und Kommunalebene liegt hier in einer Verwaltung (Exekutive); Innerhalb dessen gibt es Bezirke als Gebietsteilen
- In Deutschland gibt es insgesamt 294 Kreise bzw. Landkreise und 106 kreisfreie Städte. Städte und Gemeinden sind in Ortsteile und Bezirke untergliedert.
- Beispiel: Der Ortsteil Bündheim gehört zur Gemeinde Bad Harzburg. Die Gemeinde Bad Harzburg gehört zum Landkreis Goslar. Der Landkreis Goslar gehört zum Land Niedersachsen. Das Land Niedersachsen ist Teil der Bundesrepublik Deutschland.

7.3 Föderalismus – Gesetzgebungskompetenzen (Folie 24)

Grundregel: Soweit das Grundgesetz nicht dem Bund die Kompetenz zuspricht haben die Länder die Gesetzgebungsbefugnis (Art. 70 GG)		
Vorrangige Zuständigkeit des Bundes. Wenn er davon keinen Gebrauch macht haben die Länder die Gesetzgebungsbefugnis		
Ausschließliche Gesetzgebung Art. 71+73 GG	Konkurrierende Gesetzgebung Art. 72+74 GG	Konkurrierende Gesetzgebung Art. 72+74 GG
Unter anderem: <ul style="list-style-type: none"> • Auswärtige Angelegenheiten • Verteidigung und Zivilschutz • Staatsangehörigkeit • Zoll und Grenzschutz • Terrorismusabwehr • Waffen- und Sprengstoffrecht 	Unter anderem: <ul style="list-style-type: none"> • Bürgerliches Recht/ Strafrecht • Schifffahrtsrecht • Gesundheitswesen • Jagdwesen* • Wasserhaushalt* <p>*Von Bundesrechtlichen Regelungen können die Länder hier abweichen</p>	Unter anderem: <ul style="list-style-type: none"> • Aufenthaltsrecht • Ausbildungsförderung • Forschungsförderung • Krankenhauswirtschaft • Lebensmittelsicherheit <p>*In diese Bereiche darf der Bund nur eingreifen wenn es um die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse geht</p>

8 Verfassungsgerichte USA/ Deutschland (Folie 26)

Merkmal	USA	Deutschland
Name	Supreme Court	Bundesverfassungsgericht
Anzahl der Richter	9	16
Amtszeit	Auf Lebenszeit	12 Jahre
Rechtsgrundlage	Verfassung	Grundgesetz
Wahl	Werden Vorschlag des Präsidenten vom Senat berufen	Die eine Hälfte wählt der Bundestag, die andere der Bundesrat, jeweils mit Zweidrittelmehrheit



Von Rainer Lück 1RL.de - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0 de, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=51816206>

9 Hilfreiche Videos/Literatur

- **Politische Systeme im Vergleich: Deutschland und USA**

<https://www.youtube.com/watch?v=8Dvefe1RPEg>

- **Demokratie einfach erklärt (explainity® Erklärvideo)**

<https://www.youtube.com/watch?v=59gAft8LwU4>

- **Gewaltenteilung einfach erklärt (explainity® Erklärvideo)**

<https://www.youtube.com/watch?v=ZHj10P8X7OA>

- **Regierungsbildung einfach erklärt (explainity® Erklärvideo)**

<https://www.youtube.com/watch?v=P1dqMhAT16M>

- **Gesetzgebung einfach erklärt (explainity® Erklärvideo)**

<https://www.youtube.com/watch?v=svM8Vaj170Q>

- **Bundesrat einfach erklärt (explainity® Erklärvideo)**

<https://www.youtube.com/watch?v=y4nO9r2ApuI>

- **#kurzerklärt: Bundespräsident – Was entscheidet er in Deutschland?**

<https://www.youtube.com/watch?v=CXNfunv-OVs>

- **Das Bundesverfassungsgericht – Aufbau und Alltag**

<https://www.youtube.com/watch?v=Fk1u8VKrJGA>

Bundeszentrale für politische Bildung

- <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/24-deutschland/>

Zahlenbilder

- <https://zahlenbilder.de/>

Literaturempfehlung

Stefan Marschall 2018: Das politische System Deutschlands. 4. Auflage. UTB Basics.